

Das halten 2019 und Folgejahre für uns bereit Ein Blick auf Baustellen der Departemente

Der Aargau bekommt noch mehr Millionen

Vor wenigen Jahren war der Finanzausgleich für den Aargau rückläufig. Dies, weil er im Kantonsvergleich besser wurde. Dann kehrte der Trend. 2019 erhält er so viel Geld wie nie zuvor. 2020 wird es sogar noch mehr.

VON MATHIAS KÜNG

Im Jahr 2012 endete im Aargau eine zehnjährige Phase mit Überschüssen in der Staatsrechnung. Danach jagte ein Spar- und Mehreinnahmenpaket das andere. Trotzdem konnten Defizite 2014 und 2016 nicht verhindert werden. 2017 schloss die Staatsrechnung dank Sondereffekten wieder positiv. Das wird auch 2018 der Fall sein. Wie hoch der Überschuss ausfällt, wird im März klar, wenn die Regierung die Rechnung vorlegt. Diese besseren Zahlen täuschen aber nicht

darüber hinweg, dass der Kantonshaushalt immer noch unter einem strukturellen Defizit von bis 140 Millionen Franken leidet. Um dieses mittelfristig wegzubringen, arbeitet die Regierung an 15 Massnahmen. Dazu zählen etwa eine finanzierbare Spitalversorgung, die Modernisierung der Verwaltung (SmartA@rgau) und eine Optimierung der Staatsanwaltschaften, was den Haushalt insgesamt um 80 bis 120 Millionen Franken entlasten soll.

Finanzausgleich wird wichtiger

Aktuell eine immer wichtigere Stütze für den Aargau ist der vom Bund und



Trotz starker Industrie (im Bild Baden) und prosperierenden KMU bezieht der Aargau dieses Jahr massiv mehr Finanzausgleich.

reichen Kantonen alimentierte Finanzausgleich. 2017 erhielt der Aargau 226 Millionen Franken, letztes Jahr schnellte der Betrag auf 336, dieses Jahr gar auf rekordhohe 401 Millionen Franken hoch. Dies, weil sich die finanzielle Leistungsfähigkeit des Aargaus im Vergleich zu anderen Kantonen verschlechtert hat.

Nächstes Jahr erwartet der Aargau laut aktuellem Aufgaben- und Finanzplan nochmals mehr Finanzausgleich, nämlich 434 Millionen Franken. Für die Folgejahre rechnet die Regierung dann mit einer Stabilisierung. Längerfristig will sie den negativen Trend

stoppen und den Aargau wieder näher an den schweizerischen Durchschnitt heranführen. Dazu muss allerdings die ausschöpfbare wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert werden. Das ist nicht einfach. Die Hightechstrategie soll dabei mithelfen. Eine weitere Möglichkeit wäre, den Aargau im Rahmen der Steuervorlage 17 (SV 17) steuerlich möglichst attraktiv zu machen. Dafür fehlen ihm aber weitgehend die Mittel.

Einbusse nach Reform

Ob die Nettzahlung aus Bern nächstes Jahr tatsächlich auf 434 Millionen Franken klettert, hängt allerdings von

einer vom Bundesrat geplanten Reform des Finanzausgleichs ab. Bekanntlich wehren sich reiche Kantone wie Zürich, Zug, Schwyz und andere gegen zu hohe Zahlungen an Empfängerkantone wie den Aargau, Solothurn, Bern, St. Gallen und weitere.

Wenn das eidgenössische Parlament in diesem Jahr den bundesrätlichen Anträgen zustimmt, werden die Zahlungen schon 2020 erstmals nach den neuen Regeln berechnet. Dann fällt der Anstieg beim Finanzausgleich für den Aargau erst geringer aus, später sinken die Zahlungen gar wieder. Die Einbussen aufgrund der Gesetzesanpassun-

Bildung, Kultur und Sport



Bildungsdirektor Alex Hürzeler bei einer Schulklasse zu Besuch.

SAN

Die **Berufsfachschulen** waren 2015/16 zu 82 Prozent ausgelastet, wobei es zwischen den Schulstandorten grosse Unterschiede gibt. Ein erster Versuch, die Schüler ausgewogener auf die einzelnen Schulen zu verteilen, scheiterte im Grossen Rat. Die Regierung machte danach Umfragen bei den Betroffenen und nimmt einen neuen Anlauf. Durch den **Verzicht auf die Schulpflegen** sollen Hierarchiestufen abgelöst werden. Die Systemumstellung ist per Schuljahr 2020/21 vorgesehen.



Alex Hürzeler.

Gemeinderat soll oberstes kommunales, politisches Führungsgremium der Schule werden. Nach einer Anhörung bis 1. Dezember steht als Nächstes ein Regierungsentscheid an. Im Aargau dauert die Schule bis zur **gymnasialen Matur** ohne Kindergarten 13, in den meisten Kantonen nur 12 Jahre. Jetzt wird nach Wegen gesucht, um auch auf 12 Jahre zu kommen. Die geltende Bereitstellung, Bewilligung und Finanzierung von Pensen für Lehrpersonen und Schulleitungen an der **Volksschule** sollen durch eine neue, pauschalierte Ressourcierung abgelöst werden. Im Frühjahr 2019 soll der Entscheid über die Ausgestaltung fallen. Die Systemumstellung ist per Schuljahr 2020/21 vorgesehen.

Volkswirtschaft



Das Polizeikommando in Aarau. Hier wird bald ausgebaut.

CHRIS ISELI

Im Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) von Landammann Urs Hofmann wird ein **zusätzliches Polizeigebäude** östlich des Tellihochhauses in Aarau geplant. Im April dürfte eine Änderung des **Polizeigesetzes** in die Anhörung gehen. Schon per April wird die bisher als schweizweites Pilotprojekt in Menziken aufgebaute **«Pforte Arbeitsmarkt»** in allen Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) betrieben. Unter dem Label **«Kooperation Arbeitsmarkt»** arbeiten die RAV eng mit der IV und auch mit



Urs Hofmann.

den kommunalen Sozialdiensten zusammen. Mit den zusätzlichen Bundesmitteln der Integrationsagenda Schweiz will Hofmann auch die Arbeitsmarktintegration im Flüchtlingsbereich verbessern. Bald zur zweiten Lesung im Grossen Rat kommt das **Einbürgerungsrecht**. Aufsehen hat es erregt, weil das Parlament von Einbürgerungswilligen zehn Jahre ohne Sozialhilfebezug verlangt (Bund gibt minimal drei Jahre vor). Noch bis Februar läuft die Anhörung zum **Standortförderungsgesetz**. Es ist bis Ende 2020 befristet. Das Parlament kann diese aber aufheben. Das beantragt jetzt die Regierung. Sie findet, zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sei dieses Gesetz unerlässlich.

Bau, Verkehr



Geplante Haltestelle der Limmattalbahn

Einen ganzen Korb voller Projekte hat Stephan Attiger als Vorsteher des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU). Die grösste Kiste ist das regionale Gesamverkehrskonzept **Oase** im Ostaargau. Da folgt nach einer Ämtervernehmlassung eine weitere Konsultation betroffener Gemeinden und dann eine öffentliche Anhörung. Dieses auf Jahrzehnte ausgelegte Vorhaben bedingt grosse Investitionen in den Räumen Brugg, Baden-Wettingen und im Zurzibiet. Zur Zentrumsentlastung Baden etwa ist ein 2,5 km langer Tunnel



Stephan Attiger.



ALEX SPICHALE

gen werden mit insgesamt 60 Millionen Franken veranschlagt. Dieser Beitragsrückgang wird infolge einer Übergangsregelung verteilt über drei Jahre wirksam. 2020 gäbe es also nicht 434, sondern «nur» 414 Millionen Franken für den Aargau, 2021 noch 394, 2022 noch 375 Millionen Franken.

Der Finanzausgleich zwischen den Kantonen ist ein vom Volk 2004 an der Urne deutlich gutgeheissener Gegenentwurf zu einer insbesondere von der SP angestrebten materiellen Steuerharmonisierung. Er soll zum politischen Frieden und zur Stabilität der Schweiz beitragen.

Finanzen



Das Finanzdepartement ist im Telli-Hochhaus untergebracht.

UELI WILD

Finanzdirektor und Landstatthalter Markus Dieth (CVP) hat seit seinem Amtsantritt am 1. Januar 2017 schon turbulente Phasen erlebt. Er übernahm das Finanzdepartement zu Zeiten eines hohen **strukturellen Defizits**. Zur Überraschung aller konnte er aber eine tiefschwarze Rechnung 2017 präsentieren. Auch 2018 wird erfreulich ausfallen. Im November brachte Dieth im Grossen Rat das **Budget 2019** praktisch ohne Änderungen durch. Erstmals seit Jahren kommt der Kanton ohne Sparpaket aus. Ausgeglichen ist das Budget aber auch dank 65 Millionen Franken mehr **Finanzausgleich** aus Bern. Das



Markus Dieth.

strukturelle Defizit von derzeit noch bis maximal 140 Millionen Franken wäre ohne die **Spar- und Mehreinnahmepakete** der letzten Jahre sehr viel höher. Diese entlasten den Kantons Haushalt dieses Jahr nämlich um 299 Millionen Franken. Die mit Abstand grösste Herausforderung 2019 wird die Umsetzung der **Steuervorlage 17** (SV 17) des Bundes auf kantonaler Ebene. Zwar ist die Kantonsregierung zurückhaltend. So will sie die Gewinnsteuerbelastung für Firmen in der oberen Tarifstufe «nur» von 18,6 auf 17,9 Prozent senken, also viel weniger als andere Kantone, dafür Forschungsabzüge maximal nutzen. Doch Familienbetriebe und KMU laufen Sturm, weil sie befürchten, die Zechen für das Entgegenkommen gegenüber grösseren Unternehmen zahlen zu müssen.

Gesundheit und Soziales



Wie viel ambulant vor stationär ist künftig möglich?

KEY/GAETAN BALLY

Derzeit steckt eine Totalrevision des **Spitalgesetzes** in einer Anhörung. Der Kanton will sich damit mehr Handlungsspielräume und Steuerungsmöglichkeiten schaffen, aber auch den **Kostenanstieg dämpfen**. Einen Dämpfer gab es für das Departement Gesundheit und Soziales (DGS) von Franziska Roth bereits. Das **Verwaltungsgericht** hat die Liste von 13 Eingriffen/Untersuchungen, die künftig nach Möglichkeit **ambulant statt stationär** erbracht werden sollen, aufgehoben. Das DGS kann den Entscheid aber weiterziehen. Schon im März dürfte das Dekret zur Prämienverbilligung in den Grossen Rat gelangen. Die Regierung beantragt für 2020 einen Kantonsanteil von 102,4 Millionen Franken für Versicherte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Dazu wird ein Bundesbeitrag von 234,4 Millionen Franken erwartet.



Franziska Roth.

Die Regierung sieht den eigenen Beitrag als «sozialpolitisches Minimum». Die Gesetzesmühlen laufen heiss. So wird schon im Februar eine Anhörung zu Änderungen im Gesetz über **Ergänzungsleistungen** erwartet. Im April schon könnte die Anhörung für ein weiteres Reformvorhaben «Förderung von Massnahmen zur Verminderung von Aufhalten in Heimen und Tagesstrukturen» starten; Stichwort: **ambulant vor stationär**. Bekanntlich ist es für die Betroffenen am angenehmsten und sowohl für sie als auch für den Staat finanziell viel günstiger, wenn sie möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen können. Ein besonders schwieriges Projekt ist die geplante kantonale **Asyl-Grossunterkunft**. Es sind sich zwar alle einig, dass sie Sinn macht, die Standortsuche ist aber extrem schwierig. Zusätzlich unter Druck steht das DGS, weil die **AiHK** und der Gewerbeverband eine Studie präsentiert haben, laut der sie im Gesundheitswesen ein jährliches Sparpotenzial von bis 55 Millionen Franken orten.

und Umwelt



in Spreitenbach.

HO

in Diskussion, ebenso eine **neue Limmattalbrücke** für den Individualverkehr. Dies, damit die geplante Weiterführung der Limmattalbahn von Killwangen bis Baden darüber führen kann. Die Bauarbeiten des Teilstücks Zürich-Altstetten bis Schlieren der **Limmattalbahn** haben 2017 begonnen, der durchgehende Betrieb zum Bahnhof Killwangen-Spreitenbach ist per Ende 2022 geplant. Eine Daueraufgabe für Attiger ist höchste Wachsamkeit in Sachen **nächtlicher Fluglärm** im Ostaargau. Da muss man ständig den Finger draufhalten. Mit der Revision des **Energiengesetzes** will die Regierung die Energiestrategie 2050 konkret umsetzen. Nachdem die Vernehmlassung sehr kontrovers verlief, gibt es hier eine Verzögerung.